

Friedenswoche am Campus

Antisemitismus-Beauftragter Felix Klein zu Gast bei Klarenthaler Schülern

Von Hendrik Jung

WIESBADEN. „Wir haben uns aufgemacht zu einer Aktionswoche für Frieden und gegen Antisemitismus jeder Art“, erläutert Uwe Brecher, Leiter der Privatschule Campus Klarenthal. Zum Auftakt der Aktionswoche begrüßt er Schüler ab der Jahrgangsstufe neun sowie Kollegen in der voll besetzten Mensa. Dass bis Ende kommender Woche an der Schule täglich Mahnwachen für den Frieden abgehalten werden und es drei Vorträge sowie eine Ausstellung zu erleben gibt, ist einem

Schüler zu verdanken, der in seine Abiturprüfungen eine besondere Lernleistung zum Thema einbringt. „Wir befinden uns in einer Zeit, in der Antisemitismus und Rassismus aktueller sind, denn je“, betont Samuel Stüb. Allerdings liege der Ursprung für seine besondere Lernleistung bereits vor dem Terroranschlag der Hamas im Herbst vergangenen Jahres.

Den Auftakt der Aktionswoche gestaltet der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung. „Antisemitismus ist keine Unterform des Rassismus“, erläutert Felix Klein den Gästen. Es gebe zwar Parallelen zwischen beiden Formen

der Diskriminierung, aber auch deutliche Unterschiede. Wie der Kolonialismus gezeigt habe, könne ein Rassist gut mit Menschen leben, die er unterdrücke. Während hier das Gefühl der Überlegenheit herrsche, befänden sich Antisemiten in einer imaginären Verteidigungssituation. So sei



Felix Klein
Foto: Felix Klein

etwa in der Gründungs-Charta der radikalislamischen Terrororganisation Hamas die Bekämpfung von Juden und dem Staat Israel bis zur Vernichtung enthalten. Doch sei Antisemitismus nicht auf Islamisten und Rechtsradikale

beschränkt, es gebe auch Ausprägungen in den Kirchen und im linken politischen Spektrum. Betroffen sei letztlich ohnehin die gesamte Gesellschaft. „Antisemitismus bedroht unsere Demokratie als Ganze, er bedroht unsere Werte von Freiheit, Gleichheit und gleicher Sicherheit für alle“, erläutert Klein. Die Haltung jedes Einzelnen müsse gerade in dieser Zeit für ein gewaltfreies, respektvolles Miteinander sorgen.

In seinem Amt als Antisemitismus-Beauftragter der Bundesregierung habe er eine nationale Strategie zu diesem Thema entwickelt, die im No-

vember 2022 vorgestellt wurde. Zu den darin definierten Handlungsfeldern gehöre eine systemische Reaktion auf Antisemitismus genauso wie ein Monitoring dazu. Außerdem die Sanktionierung antisemitischen Verhaltens, aber auch Erinnerungskultur und die Sichtbarmachung jüdischen Lebens. Zur Schaffung von Strukturen sei inzwischen in jeder Staatsanwaltschaft ein Ansprechpartner für Antisemitismus installiert. Außerdem habe er erreichen können, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Ausbildung von Richtern und Medizinern verankert worden sei.

Im Anschluss an den Vortrag nimmt Klein zu einem breit gefächerten Feld an Fragen Stellung. So möchte ein Gast wissen, ob die Zuwanderung von Menschen aus Ländern wie Syrien, mit einer antisemitischen Staatsdoktrin, ein Problem darstelle. „Ich stelle zumindest kein strafrechtlich relevantes Verhalten aus diesen Bevölkerungsgruppen fest“, erklärt Klein. Aber es gehöre sicherlich zu den Integrationsaufgaben, zu vermitteln, dass hierzulande im Gegenteil die Sicherheit Israels Staatsräson darstelle. „Aber Solidarität und Freundschaft kann man nicht verordnen. Das muss aus der Bevölkerung kommen“ betont Klein. Die Aktionswoche am Campus Klarenthal kann dafür eine Basis darstellen.